

Beschluss Verspäteter Antrag 1: Klima schützen ist kein Verbrechen

Antragsteller*in: DV RoSt, DV Berlin

- 5 Die Bundesregierung ignoriert seit Jahren das geltende Klimaschutzgesetz und die
sich immer weiter verschärfende, menschengemachte Klimakatastrophe. Das entzieht
uns und künftigen Generationen die Lebensgrundlage. Statt das letzte verbliebene
Handlungsfenster zu nutzen, erwägt die Bundesregierung hingegen das
Klimaschutzgesetz aufzuweichen. Damit handelt sie und trifft Beschlüsse gegen
10 die Werte des Grundgesetzes, gegen die Urteile von Gerichten, sowie die
Botschaft des Evangeliums. Die Bundesregierung hört mehr auf einzelne
Lobbyist*innen fossiler, kapitalistischer Unternehmen als auf die Forderungen
einer breiten Öffentlichkeit. Sie schwächt durch ihre Verweigerungshaltung das
Vertrauen der jungen Generation in unser demokratisches System.
- 15 Seit Jahren kämpfen wir¹ und eine breite Masse weltweit für das Einhalten des
Pariser Klimaabkommens, das Eindämmen der Treibhausgas-Emissionen und die
Bewahrung der Schöpfung. Deshalb rufen wir weiterhin dazu auf, sich
klimapolitisch zu engagieren und sich öffentlichkeitswirksam für eine
klimagerechte Politik einzusetzen. Dies beginnt bereits bei kritischen und
20 konstruktiven Gesprächen im persönlichen Umfeld, in unseren Strukturen auch bei
der Arbeit der Gruppen vor Ort und geht über Bildungsarbeit, hin zu
klimapolitischem Aktivismus und Interessenvertretung in der Politik. Es bedarf
einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung, die die Klimakatastrophe anerkennt und
politisches Handeln erzwingt.
- 25 Vor allem der laute, bunte und gewaltfreie Protest in Orten, wie Lützerath, dem
Dannenberg und Hambacher Forst, die vielen Tagebauten etwa in NRW und der
Lausitz, müssen für uns Vorbild sein. Diese Orte zeigen die vielfältige Form des
Widerstandes in Verbindung mit dem Rückhalt der lokalen Bevölkerung.
- 30 Die fossilen Lobbyist*innen, Politiker*innen und Medienschaaffenden diffamieren
jedoch kontinuierlich Aktivist*innen und verbreiten Falschinformationen;
insbesondere durch Verwendung bewusst aufgeladener oder gewaltvoller Begriffe.
Diese sprachliche Gewalt überträgt sich mittlerweile auf die besetzten Straßen
und mündet auch in gewalttätigen Übergriffen gegen friedliche Demonstrant*innen.
- 35 Wir solidarisieren uns mit allen, die ihre eigene körperliche Unversehrtheit und
ihre eigene Freiheit für die im Pariser Klimaabkommen gesetzten Klimaziele aufs
Spiel setzen. Wir erkennen an, dass ziviler Ungehorsam²

angesichts einer weiter eskalierenden Klimakrise legitim ist. Genauso legitim ist es staatliches Handeln als unzureichend zu bewerten und öffentlich zu benennen. Wir verurteilen die ungerechtfertigt übertriebene Reaktion auf legitime Kritik. Staatliche Institutionen müssen den zugrunde liegenden Generationenkonflikt aufdecken und bearbeiten statt ihn durch völlig unangebrachtes Vorgehen zu befeuern. Wir verurteilen das unverhältnismäßige Vorgehen staatlicher Institutionen und Politiker*innen gegen Klimaaktivist*innen und fordern eine Aufarbeitung der bereits erfolgten unverhältnismäßigen Vorgänge.

10

¹KjG Buko 2020, Beschluss, "Klimaschutz jetzt!"

15

20

²Unter zivilen Ungehorsam verstehen wir: "Der "zivile Ungehorsam" meint die gezielte, provokative, dabei zugleich begrenzte und auch gewaltfreie, insoweit symbolische Regelverletzung unter den Augen der Öffentlichkeit. Er dient nicht der unmittelbaren Durchsetzung egoistischer Eigeninteressen, sondern der Verdeutlichung moralisch-politisch begründeter Anliegen, die in der bestehenden Verfassungsordnung anerkannt sind, jedoch aktuell - nach Auffassung der Akteur*innen des zivilen Ungehorsams - keine ausreichende Berücksichtigung in den institutionalisierten Formen der politischen Willensbildung finden." in Evangelisches Staatslexikon, Heun/Honecker/Morlock/Wieland, Widerstandsrecht, V. Ziviler Ungehorsam, 2006 Stuttgart.

25

Angenommen.